Nr. 96 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 48

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 40 Pf.
auswärts 50 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 60.— M., monatl. 20.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 54.— M., für das übrige Ausland 72.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngespaltene Nonpareillezeile kostet 9.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,50 M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 25. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Heeresabrüstung in Japan.

Tokio, 25. Februar. (EP.) Der japanische Kriegsminister hat vorgeschlagen, den Mannschaftsbestand der japanischen Armee um 65 000 Mann zu verringern. Die dadurch erzielten Ersparnisse sollten für die Verbesserung der Bewaffnung und die Schaffung von Kriegsschulen verwendet werden.

Kampf um Englands Sparprogramm.

Der Ausschuß zur Untersuchung über die öffentlichen Ausgaben Englands, an dessen Spitze der Abgeordnete Geddes steht, hat einen dritten und letzten Bericht veröffentlicht, der sich mit den Ausgaben für das Heer, die Marine, die Polizei, den öffentlichen Unterricht und andere öffentliche Dienstzweige befaßt. Der Bericht kritisiert lebhaft die Höhe gewisser Gehälter und Ruhegelder und spricht die Ueberzeugung aus, daß bezüglich des Heerwesens doch große Ersparnisse möglich seien. Der Bericht empfiehlt eine Herabsetzung der Ausgaben um neun Millionen Pfund Sterling; das würde mit den im ersten und zweiten Bericht vorgeschlagenen Summen **eine Gesamtersparnis von 87 Millionen Pfund Sterling** ergeben.

Kriegsminister Evans erklärte demgegenüber in einer Rede in Charley, es sei nicht möglich, die Sparvorschläge der Kommission Geddes für die Armee ganz anzuwenden, obwohl andererseits eine entschiedene Sparpolitik notwendig sei, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Der Kriegsminister schlug eine Ersparnis von 10 Millionen gegenüber den von der Sparkommission vorgeschlagenen 20 Millionen vor. Er empfahl dann die **Auflösung von 24 Infanterie-Bataillonen, 47 Bataillonen Artillerie und 8 Schwadronen Kavallerie**, wodurch die Kosten um 30 000 Pfund verringert würden, während die Sparkommission 74 000 Pfund vorgeschlagen hatte.

Geddes ist aus dem Unterhause ausgetreten. Die Niederlegung seines Mandats hat in politischen Kreisen eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen. Es heißt, daß er durch die Angriffe und Intrigen, die sein Sparsystem gegen ihn ausgelöst hat, der Politik müde geworden ist. Man erwartet die Ersatzwahl mit größter Spannung.

Nach der „Daily Mail" besteht die Absicht, den täglichen drahtlosen Dienst des britischen Auswärtigen Amtes wegen der Höhe der Betriebskosten, die 35 000 Pfund Sterling im Jahre ausmachen, einzustellen.

Zusammenkunft Lloyd George—Poincaré.

Lloyd George hat sich nach Boulogne begeben, wo die Zusammenkunft mit Poincaré heute stattfinden wird, wenn man auch den Ort der Unterredung in mysteriöses Dunkel hüllt. Wie üblich werden hüben und drüben Prognosen über die Aussichten der Konferenz gestellt. Während die englische Presse sich damit begnügt, das übliche herzliche Einvernehmen und einen guten Erfolg in Aussicht zu stellen, tritt die französische Presse zur Sicherheit mit einem gehörigen Wunschzettel auf den Plan, an dessen Spitze die Frage der Anerkennung der Sowjetrepublik und die Frage der künftig gegen Deutschland in die Wege zu leitenden Sanktionen steht. Auffällig auf englischer Seite ist es, wenn sich die „Times", die vor kurzem unerwartet heftige Angriffe gegen Frankreich richtete, seit einigen Tagen wieder als Anwalt Frankreichs aufspielt, auffällig ist auf französischer Seite, wenn man dort angesichts der Ministerzusammenkunft die Befürchtung ausspricht, Lloyd George werde in Genua die Frage der französischen Heeresabrüstung aufwerfen. Pessimisten in Deutschland prophezeien, daß in Boulogne eine Einigung auf dem Rücken Deutschlands herbeigeführt werde. Warten wir ab.

Deutsche Pflichten in Danzig.

Aus Danzig schreibt man uns: Das Danziger Wirtschaftsleben, das schon längst nicht mehr die Kraft besitzt, die ihm in der Zeit seiner Zugehörigkeit zu Deutschland eigen war, ächzt unter dem Druck der polnischen Zollsätze. Die famose „Deutsche Morgenausgabe" des „Gazeta i Dziennik Gdanski" leistet sich dafür den eigentümlichen Scherz, ihrem halben Dutzend Lesern zu „erzählen", wie wohl man sich in Danzig vor etwa 400 Jahren unter polnischer Oberhoheit gefühlt habe. „Geschichtliche" Vergleiche dieser Art gehören zum eisernen Bestande dieses polnischen Blattes. Sie können damit aber ebensowenig die geschichtliche Tatsache aus der Welt schaffen, daß Danzig sich schon damals entschieden gegen Polen wehrte, wie sie darüber hinwegtäuschen können, daß die jetzige Verbindung mit Polen kein Segen für Danzig ist.

Die Danziger Eisenbahnen sind durch einen Schiedsspruch des englischen Oberkommissars Haking seit einigen Monaten Polen überwiesen worden. Nur die Kleinbahnen und die Elektrische Straßenbahn verblieben dem Freistaat. In dieser Hinsicht sprach die Entscheidung Hakings über jeden Zweifel deutlich. Trotzdem hat die polnische Eisenbahndirektion Danzig neuerdings auch eine eigene Abteilung für die Kleinbahnen sowie ein Betriebs- und ein Maschinenamt für sie eingerichtet. Polen ergreift somit, ohne dem Senat Danzigs davon das Geringste zu sagen, von Danziger Eigentum Besitz und tanzt dem verhaßten und trotz des polnischen Widerstandes wiedergewählten englischen Oberkommissar Haking auf der Nase herum.

*

Nach neuerer Feststellung hat die Zahl der Banken in Danzig sich schon auf mehr als 100 erhöht. Die meisten von ihnen sind polnisch. Neben der Deutschen Reichsbank haben auch die anderen deutschen Großbanken: Deutsche Bank, Dresdner Bank und Diskonto-Bank Zweigniederlassungen. Für den Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Danzigs ist es unzweifelhaft, daß nicht die zahlreichen polnischen „Gründungen", sondern die deutschen Unternehmungen das Vertrauen des Publikums genießen. Doch muß immer wieder betont werden, daß auch andere wirtschaftlich führende Kreise Deutschlands ihr Urteil über Danzig mit dem der deutschen Großbanken in Einklang bringen sollten. Die würgenden polnischen Zollfesseln können durch eigene Erzeugung im Freistaat mindestens erleichtert werden. Dazu schafft sich die Industrie, die sich hier ansetzt, Entwicklungsmöglichkeiten, die ähnlich günstig sonst nicht vorliegen. Neuerdings sind eine Reihe neuer Betriebe in Danzig entstanden. Diesem Beispiel sollten andere zu folgen nicht zögern.

Die Danziger Handelskammer hat sich entschlossen, die Danziger Messe fortzuführen. Im Herbst 1922 soll, wie im Frühjahr 1920, eine Messe abgehalten werden.

Kommunalneuwahlen in Braunschweig. Wie das braunschweigische Staatsministerium mitteilt, finden im Mai dieses Jahres im ganzen Lande Braunschweigs Neuwahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäten statt.

Ein Aufruf der Zweiten Internationale.

London, 25. Februar. (WTB.) Der Vollzugsausschuß der Zweiten Internationale hat alle angeschlossenen Parteigruppen aufgefordert, von der Sowjetregierung Aufklärung über die Behandlung zu verlangen, die den in Sowjetgefängnissen internierten Sozialisten und anderen politischen Gegnern der Sowjetregierung zuteil werde. Ferner besagt der Aufruf, es müßte in der bestmöglichen Weise zugunsten der unglücklichen Kameraden in Rußland, deren Leben in Gefahr sei, interveniert werden.

Die Meunier-Debatte.

Paris, 25. Februar. (WTB.) In der französischen Kammer führte Justizminister Barthou in seiner Erwiderung auf die Rede Daudets aus, es handle sich in dem Fall Meunier nicht um eine Personenfrage, sondern darum, ob die Untersuchungshaft über das durch das Gesetz erlaubte Maß ausgedehnt worden sei und ob die gesetzlichen Bürgschaften für die persönliche Freiheit genügten. Im Falle Paul Meunier hätten die Zwischenfälle der Prozedur die Entscheidung hinausgeschoben. — Darauf ergriff der Advokat Paul Meuniers, der Kommunist Lafont, das Wort, um sich für den Schutz der persönlichen Freiheit einzusetzen und baldigste gesetzliche Regelung zu verlangen. — Die weitere Debatte vollzog sich unter großem Lärm, da Léon Daudet wiederholt sowohl die Richter als einzelne Abgeordnete beleidigte. Der Lärm erreichte einen solchen Grad, daß Kammerpräsident Peret mit Unterbrechung der Sitzung drohte. Zu vorgerückter Abendstunde war die Debatte noch nicht beendigt.

Der Bukarester Prozeß.

Bukarest, 25. Februar. (Intel.) Im Kommunisten-Prozeß dauert das Verhör fort. In der gestrigen Sitzung brach der Angeklagte Konstantinesco ohnmächtig zusammen. Konstantinesco wurde vor einigen Tagen freigelassen, da gegen ihn nicht genügend Beweismaterial vorlag, doch wurde er am 22. neuerdings verhaftet. Da er an einer schweren Nervenerschütterung leidet, wird er voraussichtlich in einem Sanatorium interniert werden.

Die dänische Aussperrung.

Kopenhagen, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen den großen Genossenschaftsschlächtereien, die den Export beherrschen und für das ganze Gewerbe maßgebend sind, und ihren Arbeitern ist auf der Grundlage einer Lohnherabsetzung von 15 Proz. eine Einigung zustande gekommen, worauf die Aussperrung in diesem Gewerbe aufgehoben worden ist. Das gleiche ist im Gärtnereigewerbe zu verzeichnen.

Jouhaux über Deutschlands Entwaffnung. Der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, der kürzlich von einer Reise aus Deutschland zurückgekehrt ist, wo er sich über den Stand der deutschen Entwaffnung unterrichtet hat, wird am **nächsten Mittwoch in Paris einen Vortrag über das Ergebnis seiner Reise halten.**

Das Sachleistungsproblem.

Während sich die Presse der bürgerlichen Mittelparteien und der Sozialdemokraten damit begnügt, die Tatsache zu registrieren, daß sich gestern der Auswärtige Ausschuß des Reichstags mit der Frage einer Abänderung des Sachleistungsplans beschäftigte, wie er von seiten der Ententekommission vorgeschlagen wurde, nimmt die Rechtspresse die Sitzung zum Anlaß eines Kesseltreibens, das scheinbar gegen die Politik der Erfüllung, in Wirklichkeit aber gegen den Außenminister Rathenau gerichtet ist. Am deutlichsten spricht die „Kreuz-Zeitung", die Rathenau einen umgekehrten Talleyrand nennt, dessen Verhandlungen „aus dem Schandvertrag von Versailles ungeahnte Möglichkeiten — für die Entente herausgeholt" haben. „Der gefährliche Mann ist drauf und dran, das Deutsche Reich völlig zugrunde zu richten", meint sie. Das ist wenigstens eine offene Sprache, wenn sie auch an die Tage der Erzberger-Hetze erinnert. Vorsichtiger sind die anderen Organe der Rechten. Aber unter der Hand erfährt man auch hier, wohin die Fahrt gesteuert werden soll. So schreibt die „Tägliche Rundschau", nachdem sie das, was von dem Vorschlag bisher bekannt ist, auseinandergesetzt hat:

„Man kann es daher begreifen, daß die Regierung versuchte, diese neue „Verbesserung" unter Ausschluß der Oeffentlichkeit auszubrüten. Wir finden es auch verständlich, daß ihr die Interpellation hierüber recht peinlich war. Die Regierung brachte ihr Mißbehagen auch recht deutlich dadurch zum Ausdruck, daß sie gestern nur zwei Staatssekretäre zu ihrer Vertretung im Auswärtigen Ausschuß entsandte. Bezeichnend für die in Regierungskreisen herrschende Auffassung vom parlamentarischen System ist die Behauptung, man könne auch heute ohne den Reichstag auskommen, da das Wiesbadener Abkommen ohne den Reichstag zustande gebracht worden sei."

Was kümmert ein Blatt wie die „Tägl. Rundschau", daß die Sitzung im Auswärtigen Ausschuß vertraulich war! Flink wird aus einigen äußeren Umständen ein „Mißbehagen" der Regierung herauskonstruiert, der Regierung wird unterlegt, sie wolle Parlament und Oeffentlichkeit vergewaltigen, einige „harmlose" Klatschereien werden serviert und — der Skandal ist wohl wieder einmal fertig? Gemach — die Attackenreiter werden sich ihre Lanzenspitzen stumpfrennen. Da ist das Organ der Deutschen Volkspartei, „Die Zeit", vorsichtiger. Sie sagt, da die Verhandlungen im Ausschuß vertraulicher Natur waren, könne man zwar nichts über ihren Verlauf wissen, aber — aus Informationen, die in parlamentarischen Kreisen „allgemein" umlaufen, könne man „mit Sicherheit" schließen, daß das neue Sachleistungsverfahren von der deutschen Regierung angenommen werde. Und dann klappt die Mausefalle zu:

Die wirtschaftlichen Folgen eines solchen freien Verkehrs, heißt es weiter, können unter Umständen für den einzelnen gewinnbringend sein. Im ganzen müssen sie die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigen. Wenn die deutsche Regierung — wie man annehmen muß — einen solchen Leistungsplan annimmt, so führt sie das deutsche Wirtschaftsleben neuen schweren Zeiten entgegen. Auf die Aussaugung des deutschen Goldvorrats folgt jetzt die Aussaugung der deutschen Produktion. **Die Erfüllungspolitik scheint doch noch nicht die erlösende Wirkung gehabt zu haben, die ihr von ihren Urhebern und Verfechtern zugeschrieben wird."**

Vermutungen und Kulissengeschwätz wird als tatsächlich unterstellt und auf dieser Grundlage baut man dann seine Politik auf. Wie sich derartige Indiskretionen und Zwischenträgereien aus einem Steinchen zu einer Lawine entwickeln, dafür bietet die „Deutsche Tageszeitung" ein interessantes Beispiel. Sie veröffentlicht eine TU.-Meldung, in der es heißt:

„Es läßt sich feststellen, daß die Regierung für ihre Forderungen in Sachleistungen in der ursprünglichen Form weder bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien noch bei den sozialistischen Parteien Zustimmung gefunden hat. Es scheint, als ob die SPD. die Bedenken, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund geäußert hat, sich zu eigen macht."

Nach den gestrigen „Informationen" der „Deutschen Nach den gestrigen „Informationen" der Deutschen
Allgemeinen Zeitung" waren die Anschauungen innerhalb der Mitteilungen das, was für seine Zwecke nützlich erscheint, und schon ist die Einheitsfront von den Krautjunkern bis zu den Sozialdemokraten hergestellt. Es geht doch nichts über die Genialität fixer Journalisten, die im Handumdrehen bewältigen, was der hohen Politik in jahrelanger Arbeit nicht gelingt.

Zusammenfassend möchten wir bemerken, daß wir gegen eine sinngemäße Kritik an Dingen, die einem vertraut sind, nicht das geringste einzuwenden haben. Auch wir sind der Ansicht, daß das Schlußwort über die Vorschläge, wie sie nach den heutigen Verlautbarungen von der Ententekommission gemacht werden, noch nicht gesprochen worden ist. **Unverantwortlich ist es aber, das Recht der Kritik zu einem**

Haberfeldtreiben zu mißbrauchen, unverantwortlich, die Vertraulichkeit diskreter Verhandlungen und Informationen zu brechen. Gerade die Rechte, die sich bei jeder unnützen Gelegenheit über die Geheimdiplomatie und das „unparlamentarische" Verfahren der Regierung Wirth beschwert, übt durch ihre fortgesetzten Manöver, durch ihre brutalen Indiskretionen auf die Regierung den Zwang aus, sparsam mit ihren Mitteilungen über zwischenstaatliche Auseinandersetzungen auszugehen und sich die Leute genauer anzusehen, die sie ins Vertrauen zieht.

Kautsky über Koalitionspolitik.

Karl Kautsky arbeitet an einem noch nicht vollendeten Buch über sozialistische Streitfragen unserer Zeit, aus dem die „Freiheit" ein Kapitel über Koalitionspolitik bereits abzudrucken in der Lage ist. Kautsky geht davon aus, daß die bürgerliche Revolution in der Gegenrevolution endet, während die proletarische Revolution ihre politischen Kämpfe nicht in der Form des Bürgerkriegs auskämpft, der an Stelle des überwundenen Militarismus einen neuen setzt. Die russische Revolution ist nur eine scheinbar proletarische Revolution, da ihr alle Vorbedingungen für eine solche fehlen. Nach Kautsky setzt die proletarische Revolution bei ihrem Ausgangspunkt schon ein Ueberwiegen des Proletariats über alle anderen Klassen voraus, so daß höchstens eine innere Spaltung den Gegnern der Revolution wieder ein Uebergewicht verschaffen kann. Kautsky schreibt weiter:

Wohl aber finden wir den Gleichgewichtszustand der Klassen, der die bürgerliche Revolution abschließt, in der einleitenden Phase der proletarischen. Ehe das Proletariat so weit ist, daß es für sich allein die politische Herrschaft zu gewinnen vermag, muß es einen Zustand durchmachen, in dem es wohl noch nicht zu herrschen vermag, aber doch schon zu stark ist, als daß irgendeine der bürgerlichen Klassen ihre Herrschaft im Gegensatz zum Proletariat behaupten könnte.

In diesem Stadium würde durch das Streben nach einer reinen Klassenregierung jede geordnete Staatsverwaltung und damit auch ein gedeihliches ökonomisches Leben ganz unmöglich. Staat und Gesellschaft und alle ihre Teile, das Proletariat mit inbegriffen, müßten in die äußerste Notlage geraten. Der Bürgerkrieg, der Versuch einer der Klassen, die ihr entgegenstehende durch Waffengewalt niederzuhalten, würde, wenn er in der entwickelten Demokratie, die wir voraussetzen, überhaupt möglich wäre, nichts erreichen, als den völligen ökonomischen Zusammenbruch zur Höhe des heutigen russischen zu erheben.

Unter diesen Umständen bleiben nur zwei Möglichkeiten: entweder übernimmt eine Partei unter stillschweigender Duldung oder Unterstützung mindestens einer der gegnerischen Parteien die Regierung, oder die Sozialisten bilden mit bürgerlichen Parteien zusammen eine Koalitionsregierung. Mit deutlichem Hinweis auf die Politik der USP. im Reich schreibt Kautsky dann:

Ob ich eine Regierung deshalb unterstütze, weil sie unter den gegebenen Umständen die beste ist, aber ablehne, an den Kabinettsberatungen teilzunehmen und auf sie einzuwirken, oder ob ich in diese Regierung eintrete und ihre Beschlüsse direkt bestimme, kann mitunter taktisch einen großen Unterschied machen, **nicht aber grundsätzlich.** Es gibt allerdings Politiker, die **überwiegend Agitatoren** sind. Sie tragen daher Bedenken, offen mit bürgerlichen Elementen zusammenzuwirken und ziehen dafür **grundsätzlich verstecktere Formen** vor.

Die Folgerungen hieraus auf die jetzige Politik der USP. ergeben sich von selber. Schließlich widerlegt Kautsky die hier schon kritisierten Anschauungen des österreichischen Genossen Otto Bauer, der mit sehr spitzfindigen Unterscheidungen die Koalition der österreichischen Sozialdemokratie mit den Christlichsozialen verteidigt, dagegen die Koalitionspolitik der deutschen Sozialdemokratie verwirft. Kautsky weist nach, daß das Proletariat in Deutschland tatsächlich stärker ist als das in Oesterreich. In einem aber gibt er Bauer recht, daß nämlich die Gefahren der Koalitionspolitik um so geringer sind, je größer die hinter ihr stehende sozialistische Macht ist. **So kommt Kautsky zu dem Ergebnis, daß derjenige, der** die Gefahren der Koalitionspolitik auf ihr Minimum beschränken will, vor allem für die sozialistische Einigkeit und Geschlossenheit zu sorgen hat. Wären diese Ansichten heute Allgemeingut der Unabhängigen, so würde es besser um die sozialistische Macht in Deutschland stehen.

Das Reichsarchiv.

Maßnahmen gegen reaktionären Mißbrauch.

Halbamtlich meldet WTB.: Durch die Presse gehen Notizen über das Reichsarchiv, in denen der Regierung vorgeworfen wird, daß hier Angehörige des früheren Generalstabs und Gegner der Republik auf Kosten des Reichs ihre Ansichten verbreiten helfen. Es ist richtig, daß im Reichsarchiv — in dem übrigens auch zivilistische Wissenschaftler verschiedener Weltanschauung tätig sind — außer rein archivarischer Arbeit auch wissenschaftliche Arbeit zur Zusammenfassung der Geschichte des Krieges in größerem Umfange aufgenommen ist. Daß sich hieraus, besonders wenn die Arbeiten auf politisches Gebiet übergreifen, **Unzuträglichkeiten ergeben können, ist klar.** Der Reichsminister des Innern Dr. Köster hat daher sofort nach Uebernahme des Amtes im Einvernehmen mit dem Reichskanzler die nötigen Schritte getan, **um diese Frage befriedigend zu regeln.** Die aus ersten Gelehrten zusammengesetzte Historische Kommission, der u. a. die Professoren Hans Delbrück, Götz, Erich Marcks, Gustav Mayer, Meinecke, Oncken, Schreiber, Schulte und Schumacher angehören, wird auf seine Einladung Anfang März zusammentreten, um die Frage, welche Publikationen vom Reichsarchiv in wissenschaftlich einwandfreier Weise herausgegeben werden können, und wie die Herausgabe erfolgen kann, vorbehaltlich der Entscheidung der Reichsregierung zu erörtern.

Die militärischen Akten des Reichsarchivs sind zu wissenschaftlichen Arbeiten Außenstehender aller Richtungen gleichmäßig freigegeben. Hierauf beruhen die in der Presse, besonders genannten Regimentsgeschichten, die nicht vom Reichsarchiv, sondern von früheren Regimentsangehörigen abgefaßt sind. Es ist Vorsorge getroffen, daß hier eine Verquickung mit politischen Zwecken, wie sie in einzelnen Fällen vorgekommen ist, und der Schein amtlicher Herkunft künftig vermieden wird. Bei den eigenen Arbeiten des Archivs ist bis zur endgültigen Entscheidung der Frage jede Veröffentlichung eingestellt. Ein völliger Abbruch der Forschungsarbeiten über die Militärkriegsgeschichte ist indessen nicht beabsichtigt, da an der Erfassung des vorhandenen und von Lebenden noch zu erlangenden Materials ein allgemeines wissenschaftliches und menschliches Interesse besteht. Das Reichsarchiv befindet sich auf diesem Gebiet übrigens im lebhaften Austausch mit den früheren Gegnern.

Ein Unparteilicher!

In der reaktionären Presse wird fortgesetzt gegen den „Republikanischen Richterbund" eine Hetze entfaltet, mit der Begründung, daß das Bekenntnis zur Republik die Unparteilichkeit des Richters bezweifeln lasse. (Bei dem Bekenntnis zur Monarchie ist es natürlich ganz was anderes. . .)

Nun wollen wir folgendes Beispiel erwähnen: Der deutschnationalen Fraktion des preußischen Landtags gehört auch ein Herr Dr. Deerberg an, bisher seines Zeichens Rechtsanwalt in Duisburg. Dieser Herr hat sich um die Versetzung in den Staatsdienst beworben und ist auch als Landgerichtsrat beim Landgericht I in Berlin eingestellt worden. Wir bekommen also einen Richter nach Berlin, der im äußersten Maße für die Deutschnationalenpolitik tätig ist und sich durch antirepublikanische Reden sowie halsstarrige Verteidigung der Klassenjustiz im Parlament schon mehrfach hervorgetan hat. Dieser Herr ist natürlich ein leuchtendes Beispiel für „Unparteilichkeit" und „Unvoreingenommenheit" im Richterberuf. Sollte sich der neugebackene Herr Landgerichtsrat in politischen Strafprozessen betätigen, so können wir nur dringend empfehlen, ihn wegen anzunehmender Befangenheit abzulehnen und sich auch etwa dadurch nicht abschrecken zu lassen, wenn Dr. Deerberg der Wahrheit gemäß versichern sollte, daß er sich am 9. November 1918, als die Revolution ausbrach, zu seinem Selbstschutz eine knallrote Kravatte umgebunden hat.

Die Ordnungszelle als Mördernest.

Haftbefehl gegen Rechtsanwalt Müller.

München, 25. Februar. (TU.) Der Offenburger Richter, der die Untersuchung gegen die Mörder Erzbergers führt, hat gegen den in München verhafteten Rechtsanwalt Dr. Adolf Müller einen Haftbefehl erlassen. In der Buchhandlungsfirma Pirmeier, die ein ehemaliger Offizier leitet, wurde gestern in der Erzberger-Sache eine Haussuchung vorgenommen, die ergebnislos verlief.

Da die Meldung der TU. entstammt, deren Münchener Berichte erfahrungsgemäß stark gefärbt sind, so ist die Behauptung von der Ergebnislosigkeit der Haussuchung mit Vorsicht aufzunehmen.

Geßler über das Offizierkorps.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurden am Donnerstag nach kurzer Debatte die nachträglich geforderten **6,371 Milliarden Mark zur Verbilligung von Auslandsgetreide und Mais für die Brotversorgung** aus dem 5. Nachtragsetat 1921 bewilligt, ebenso die übrigen Positionen.

Es folgte die Beratung des Haushaltsplans des Reichswehrministeriums für 1922. — Abg. Stücklen (Soz.): In den Kreisen der Offiziere ist der monarchische Geist noch sehr weit verbreitet, und es ist sehr fraglich, ob in Lebensfragen der Republik die Reichswehr wirklich ein williges Instrument der republikanischen Regierung sein wird. Reichswehrminister Dr. Geßler betonte, mit voller Verantwortung die Erklärung abgeben zu können, daß die Führer des Heeres ein absolut sicheres, verfassungstreues Instrument in den Händen der Regierung seien. Während meiner Amtsführung ist das Heer den politischen Maßnahmen der Regierung niemals entgegengetreten, noch hat es in irgendeiner Weise die Politik der Regierung gehindert.

Kleine politische Nachrichten.

Professor Nicolai als Kläger. Vor dem Charlottenburger Schöffengericht wurde gestern eine Beleidigungsklage des Prof. Nicolai gegen den Schriftsteller Hermann v. Wilamowitz-Moellendorff verhandelt. In einem Zeitungsartikel hatte der Beklagte den Prof. Nicolai, der in einem Flugzeug im Juni 1918 von Neuruppin nach Dänemark geflohen war, als Vaterlandsverräter und Dieb eines Flugzeuges bezeichnet. Das Gericht, das den Diebstahl als nicht nachgewiesen erachtete, verurteilte den Beklagten wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 200 M., betonte dabei aber, daß Professor Nicolai nicht der völlige strafrechtliche Schutz zugebilligt werden könne, weil er „durch seine erwiesene Fahnenflucht in der Oeffentlichkeit zu stark kompromittiert sei".

Hermes und die Zentrumsfraktion. Die Behauptung der „Freiheit", daß Intrigen des Minister Hermes gegen den Reichskanzler Wirth zu lebhaften Auseinandersetzungen im Zentrum geführt hätten und daß deswegen ein Parteiuntersuchungsausschuß vom Zentrum gegen den Minister eingesetzt worden sei, wird von der „Germania" dementiert. Der Zentrumsfraktion sei von Intrigen des Reichsministers Dr. Hermes gegen den Reichskanzler gar nichts bekannt und schon darum hätten Auseinandersetzungen darüber im Zentrum nicht stattfinden können. — Immerhin wird der Zentrumsfraktion doch das eine bekannt sein, daß Herr Hermes während der letzten Krise mit lebhaftem Eifer auf die große Koalition hingesteuert hat.

Die neue Erhöhung der Eisenbahntarife stellt eine schwere Belastung des Wirtschaftslebens dar. Zur Balancierung des Haushalts der Reichseisenbahn ist sie aber unbedingt notwendig. Gerechtfertigt wird sie durch die unaufhörliche Preissteigerung für alle Güter. Solange diese Aufwärtsbewegung der Preise anhält, kann sich natürlich die Eisenbahn der Entwicklung nicht entziehen. Mit dieser Tariferhöhung allein glaubt aber die Verwaltung den Etat auch nicht balancieren zu können. Um eine Verringerung der Ausgaben zu erreichen, sind im Haushalt für 1920 bereits über 50 000 Köpfe weniger vorgesehen als zurzeit vorhanden sind. Von diesen sollen schon bis zum 1. April 20 000 eingespart werden. Auch Ersparnisse an Material, besonders an Kohle und Schmieröl, sind durch besondere Maßnahmen schon für die nächste Zeit sichergestellt.

„Landesverrat" im Elsaß. Die französische Polizeibehörde verhaftete in Kolmar und Forbach dreizehn Personen wegen neutralistischer und antifranzösischer Propaganda. Gegen diese Verhafteten wird ein Strafverfahren wegen Landesverrat anhängig gemacht werden.

Hauptmanns „Opfer".

Mit dem „Opfer" — als Buch heißt das Werk „Indipohdi" — ist das „Hauptmann-Jahr" am 23. Februar im Dresdener Staatstheater feierlich eröffnet worden. Trotz einer Vorstellung, die das Aeußerste an Leben, Reinheit, Gliederung und Geschlossenheit brachte, was seit langem in Deutschland zu sehen war, trotz dieser unerhörten Leistung des Regisseurs Hauptmann, der sich selber übertraf, der Darsteller Paul Wiecke und Antonia Dietrich, trotz der langen, sanften Vorbereitung eines an sich schon willigen Publikums blieb der Erfolg dem neuen Werk versagt. Hauptmann wurde herzlich gefeiert, doch nur am Schluß, und nicht der Dichter des „Opfers", sondern der sechzigjährige Schöpfer des Hannele, des Friedensfestes, des Kramer, der Pippa, des Quint . . .

In der Tat wird das neue Werk der Bühne kaum zu erhalten sein. Es besteht aus dem Schicksal des „Magiers" Prospero, der aus Schaffenslust und Dulderleid im hohen Alter den schmerzlichen Weg des Freitodes nimmt, das eigene Leben in wehem Verzicht und kaum noch hoffend auf Welterlösung zum Opfer bringt, einem schwer erlebten buddhistisch-christlichen Leidensgang, daneben aber ausreichem szenischen Beiwerk: aztekischem Volkssehnen (das Werk ist eine Nebenfrucht des „Weißen Heilands"), Priesterintrigen, bewaffnetem Indianeraufstand, Spiegelungen von Prosperos Innen- und Jugendleben in den Gestalten seiner Kinder Osmann und Pyrrha. Und für die Bühne liegt dieser Fall zwiefacher, mehrfacher Geschehnisreihen paradox: je wirksamer, je „besser" die Aufführung ist, um so lebendiger tritt das „Beiwerk" hervor, das szenisch interessant gestaltet und teilweise recht spannend und belebt, wenn auch zu keinem faßbaren Ende geführt ist. Aber um so tiefer versinkt eben darum im belebten Beiwerk die an sich schon schwer verständliche Kernhandlung, die mit ihren endlosen Monologen und philosophisch-psychographischen Klarlegungen zwar ergreifend zu lesen, doch durch keine Bühnenkunst voll wirksam zu machen ist. Hauptmanns eigene, wundervolle Regiekunst vermochte dieses paradoxe Schicksal von dem Werk nicht abzuwenden — dem größeren Teil des Publikums blieb es und bleibt es ein- für allemal seltsam, fremd, lockend, irrlichthaft fesselnd, unverständlich.

Was dennoch damit gewonnen ist, ist eine philosophisch nicht einheitliche, nicht machtvoll zwingende, aber tief ergreifende, menschlich reiche, klang- und schicksalvolle Buchdichtung, ein Zeugnis unsäglichen Leidens, unsäglicher Erlebnisschmerzen unserer Zeit tief nahe und kraft einer noch immer ungebrochenen Gestaltermeisterschaft dennoch hoch über das Zeitliche erhoben, Gerhart Hauptmanns erstes verheißendes Alterswerk.

W. Sch.

Staat und Künstler. Der „Wirtschaftliche Verband bildender Künstler" erläßt einer unter anderm von Käthe Kollwitz, Liebermann, Corinth, Baluschek und Arno Holz unterzeichneten Aufruf, dem wir folgendes entnehmen: „Im Artikel 142 der Reichsverfassung heißt es: Der Staat gewährt der Kunst Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil. Das sind die Worte. Blicken wir auf die Taten. Ein Reichskunstwart ist eingesetzt. Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat sind vier Sitze für bildende Künstler, Tonsetzer und Schriftsteller eingeräumt. Sonstige positive Maßnahmen zur Pflege der Kunst, zur wirtschaftlichen Besserstellung der Künstler sind nicht erfolgt. Dagegen: Die Außenhandelsstelle für das Buchgewerbe hat unter Umgehung der Autoren 675 000 Mark den Verlegerinteressen dienstbar gemacht. Der Reichswirtschaftsminister hat diese Verwendung für unzulässig erklärt, aber eine Herausgabe des Geldes nicht bewerkstelligt, da es „bereits ausgegeben sei". Die Verleger verwenden ihre Mittel zur Bekämpfung des Planes einer Kulturabgabe. — Das seit 1904 in Aussicht gestellte künstlerische Verlagsrecht wird vom Reich nicht gefördert. Die Künstler werden auf Verhandlungen mit den Verlegern verwiesen. Diese haben nach langwierigen, mühsamen Verhandlungen jetzt plötzlich erklärt, daß sie eine gesetzliche Regelung des künstlerischen Verlagsrechts überhaupt nicht wünschen. — Die Erzeugung der Künstlerfarben muß unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Der den Künstlern als Verbrauchern zugesicherte Schutz gegen übertriebene Ausfuhr von Künstlerfarben wird durch das Verhalten der Außenhandelsstelle illusorisch gemacht. — Die Frachtfreiheit für Kunstausstellungswerke ist vom Verkehrsministerium gestrichen. Landesbehörden vermeiden es, bei ihren Maßregeln die Vertretung der Künstlerschaft zu hören. Der Besuch der Kunstsammlungen wird für die Künstler mit einer Steuer belegt. — Die beabsichtigten hohen Mietszuschläge bedrohen die Künstlerateliers. — Die Künstler müssen mehr als bisher zeigen, daß sie nicht tatenlos der Entwicklung der Dinge zusehen wollen. Eine Aussprache in einer großen Versammlung soll der erste Schritt sein, um den Behörden und der Oeffentlichkeit zu zeigen, daß die Künstler sich nicht in die Ecke drücken lassen wollen. Wir bitten alle Künstler, bildende, Schriftsteller, Tonsetzer, zu einer Kundgebung zusammenzukommen am Dienstag, den 28. Februar, abends ½8 Uhr, im großen Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 4."

„Karoline" von Alfons Fedor Cohn. (Uraufführung am Stadttheater Kottbus.) Der Autor will in der Gestalt der einst mehr noch ihres Körpers als ihrer Kunst wegen gefeierten Berliner Hofschauspielerin Karoline Bauer und ihrer Umwelt am Gendarmenmarkt altberlinisches Leben der 20er Jahre wiedererwecken. Die Handlung lehnt sich an die überlieferten galanten Erlebnisse der Bauer an, einer badischen Offizierstochter, die mit der früh verwitweten Mutter nach Berlin kommt und rasch ein erster Stern am Kgl. Schauspielhaus wird. Ihr leichtes Temperament ist für die Huldigungen sie umschwärmender Verehrer empfänglicher, als es die soliden Absichten ihres Bräutigams und Predigtamtskandidaten vertragen. Er löst sich von ihr, blutenden Herzens. Karoline, nicht sehr wählerisch, fällt natürlich bald auf einen ausgemachten Schwindler herein, der sich als ein russischer Graf Samoiloff ausgibt. Dann aber genießt Karoline die Gunst des Prinzen von Koburg, des nachmaligen Belgierkönigs Leopold I. Die historische Karoline wird seine morganatische Gattin. A. F. Cohn hat sich leider verleiten lassen, den Schluß seines Stückes umzubiegen. Statt Karoline mit dem Koburger durchgehen zu lassen, gibt er sie nach allerhand Sentimentalitäten in die Arme ihres früheren Theologen und Hegelianers zurück. Auf die Aktivseite sind die im ganzen richtige Zeichnung des naiv launenhaften Egoismus der jungen Bühnenschönheit und die erfundene Gestalt des Referendars Erbe zu setzen, der der Hauptträger des Lustspielhaften ist und durch Hans Paul Peters auch die darstellerisch beste Wiedergabe fand.

B. R.

Das Ende der „fahrenden Komödianten" in England. Die Ungunst der Verhältnisse, hervorgerufen durch die auch in England ungeheuer gestiegenen Fahrpreise und durch die Kostspieligkeit der Lebenshaltung, besonders beim häufigen Wechsel des Ortes hat die solange in Großbritannien bestehende Sitte der reisenden Theatergesellschaften zum Aussterben gebracht. Es ist einfach finanziell unmöglich, einen Theaterbetrieb in der vor dem Kriege üblichen Form aufrechtzuerhalten. Dieser Tatsache ist zum großen Teil das Elend der englischen Schauspieler zuzuschreiben. Man hat daher jetzt alle Tourneen, die früher fast ganz Großbritannien mit Theatergenüssen versorgten, aufgegeben und ist zu dem früher üblichen System der ständigen Bühnen zurückgekehrt. Die Fürsorgestelle für unbeschäftigte Schauspieler, die von der englischen Bühnengenossenschaft gegründet wurde, begünstigt die Niederlassung von Schauspielertruppen an kleineren Orten, wo sich die Möglichkeit für ein festes Theater ergibt. So ist jetzt im Südwesten Londons in einem alten Theaterbau eine solche Bühne begründet worden, die täglich spielen wird, und es sollen in verschiedenen Orten, wo sich Theatergebäude befinden, feste Ensembles zusammengebracht werden. Man hofft auch durch diese regelmäßigen Theateraufführungen das Publikum der kleineren Städte wieder an den Theaterbesuch zu gewöhnen, sie für die Schauspieler mehr persönlich zu interessieren und überhaupt der Theaterkultur damit zu dienen, während bisher die Kinos in den kleinen Orten allein das Feld beherrschten.

Belgische Baumsteuer. Wie aus Brüssel gemeldet wird, haben mehrere belgische Gemeinden den Plan gefaßt, eine Steuer auf Bäume einzuführen. Angesichts dieser drohenden neuen Steuerlast haben bereits mehrere Grundbesitzer in Brügge die auf ihrem Besitztum befindlichen Bäume gefällt, um der Besteuerung aus dem Wege zu gehen. Die Künstler Brügges und die Mitglieder der Photographischen Gesellschaft haben sich durch diese Gefahr, die dem Landschaftsbilde seinen größten Reiz zu rauben droht, veranlaßt gesehen, bei dem belgischen Landwirtschaftsminister energisch gegen die beabsichtigte Baumsteuer zu protestieren.

Erstaufführungen der Woche. Mont. Staatsoper: „Barbier von Bagdad". — **Freit.** Schloßpark-Theater: „Phyllis".

Urania-Vorträge. Sonntag, Mittwoch (4½ Uhr), Freitag: „Am Kampf mit dem Berge"; Montag, Sonnabend: „Natur und Kultur der Mark Brandenburg"; Dienstag: „Von San Remo nach Florenz"; Mittwoch (8 Uhr): „Rund um Asien"; Donnerstag: „Wunder des Schneeschuhs".

Novellen E. T. A. Hoffmanns wird auf Einladung des Vereins Volksbühne Nora Zepler am Montag Abend im Bürgersaal des Rathauses sprechen. Einlaß 1,50 M.

Die Jahresversammlungen des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose finden vom 17.—19. Mai in Bad Kösen statt.

Noch immer Kultusetat.

Der Preußische Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung entgegen der ursprünglichen Absicht, die zweite Lesung des Kultusetats heute noch nicht zu beenden, sondern den letzten Abschnitt über Volksschulwesen usw. erst am Dienstag, den 7. März, auf die Tagesordnung zu setzen, um, falls der Kultusetat heute nicht beendet werden könne, eine Zerreißung der Aussprache zu vermeiden. Darauf trat man in die Einzelberatung ein zum Abschnitt: Provinzialschulkollegium, Prüfungsämter, höhere Lehranstalten, Turnwesen.

Finanzminister Dr. v. Richter: Der Hauptausschuß hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, ohne daß Klarheit bestand, ob ihre finanzielle Durchführung gesichert ist. Ich bitte das Haus, bei der Beschlußfassung über die einzelnen Haushaltspläne in zweiter Lesung die Anträge, von denen es zweifelhaft ist, ob sie ausgeführt werden können, zunächst auszuschalten und zur Prüfung ihrer Durchführbarkeit noch einmal an den Hauptausschuß zurückzuverweisen.

Kultusminister Dr. Boelitz: Es ist die Besetzung zweier Stellen im Provinzialschulkollegium durch einen Demokraten und durch ein Mitglied der Deutschen Volkspartei vom Abg. Haenisch bemängelt worden. Den Demokraten hatte Herr Haenisch während seiner Amtszeit selbst in Aussicht genommen.

Abg. Haenisch (Soz.):

Es ist gestern bei der Generaldebatte bereits mehrfach die Angelegenheit des Berliner Provinzialschulkollegiums besprochen worden, die auch sonst in der Oeffentlichkeit Aufsehen erregt hat. Es ist davon gesprochen worden, daß bei der Einrichtung der Volksschulabteilung des Berliner Provinzialschulkollegiums, die nach der Schaffung von Groß-Berlin möglich war, in diese Abteilung auch nicht ein einziger Sozialist berufen wurde, trotzdem in der Abteilung für höheres Schulwesen bereits seit Jahren zwei Sozialisten in ausgezeichneter Weise mit ihren Kollegen zusammenarbeiten. Diese Tatsache ist um so bedauerlicher, als gerade die Elternkreise, die bei dem Volksschulwesen in Berlin in Betracht kommen in ihrer überwiegenden Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei angehören, als der Berliner Magistrat sozialistisch zusammengesetzt ist und in ganz Berlin an der Spitze des Schulwesens der ausgezeichnete sozialistische Oberstadtschulrat Paulsen steht. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß der Minister die Absicht hatte, einen Sozialisten hineinzuberufen, einen Herrn, der aus Gründen, die ich verstehe, ablehnte. Der Minister hat sich aber nicht veranlaßt gesehen, sich an weitere Sozialisten zu wenden, trotzdem eine ganze Reihe von geeigneten Herren vorhanden und dem Ministerium auch bekannt gewesen ist. Die Tatsache, daß keine Sozialisten in der Volksschulabteilung des Berliner Provinzialschulkollegiums sitzen, hat bereits unliebsame Konsequenzen gezeitigt. Die Frau Abg. Ovenbrop hat gestern bereits darauf hingewiesen, daß bei der Dezernatsverteilung neuerdings gerade die Arbeiterbezirke Lichtenberg, Neukölln usw. einem ganz rechtsgerichteten Schulrat unterstellt wurden, den Herrn Scheup, der der Deutschen Volkspartei angehört. Es sind gerade die Bezirke, in denen das Verlangen nach Errichtung weltlicher Schulen besonders stark ist. Diese Dezernatsverteilung hat in der Oeffentlichkeit große Beunruhigung hervorgerufen, und ich bin in einer Reihe von Zuschriften gebeten worden, die Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen. Der Minister hat gestern der Frau Abg. Ovenbrop formell mit Recht erwidert, daß der Minister sich um die Dezernatsverteilung nicht kümmern könne. Das ist richtig. Wenn aber solche Beschwerden an die Zentrale gelangen, ist es Pflicht des Ministers, im Aufsichtswege einzugreifen. Das habe ich wiederholt getan, und dasselbe Recht hat auch der jetzige Minister. Wir bitten dringend, daß er von diesem Recht im vorliegenden Falle Gebrauch macht.

Ein anderer Fall, wo der Herr Minister im Aufsichtswege einschreiten sollte, ist der folgende: Einem links gerichteten Berliner Studienrat, der zum Direktor einer höheren Lehranstalt gewählt wurde, ist vom Provinzialschulkollegium ein Revers vorgelegt worden, in dem er sich über seine politische Gesinnung äußern soll. Dieser Revers hat 12 verschiedene Punkte umfaßt, die auf 2 oder 3 reduziert wurden. Der Studienrat, dem von seinen bisherigen Vorgesetzten das denkbar beste Zeugnis ausgestellt wird, soll sich darüber äußern, ob er den Umsturz der bestehenden Staatsordnung erstrebt, Politik in den Unterricht hineintragen will usw. Meine Freunde halten dies Vorgehen für ganz und gar ungehörig.

(Bei Schluß des Blattes spricht der Redner weiter.)

Die Eisenbahnerversammlung.

Die Fortsetzung der Delegierten-Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes am Freitag abend in Kliems Festsälen nahm zunächst das Referat von Hermann Schulze entgegen. Es sei eine gründliche Aussprache mit dem Hauptvorstand erfolgt, in deren Verlauf der Kollege Wilhelm Schulz dreimal dringend gebeten habe, ihm statt seines bisherigen Postens als Vorsitzenden der Ortsverwaltung den Posten des Bezirkssekretärs zu geben. Kollege Knebel bleibe in der Ortsverwaltung Berlin. Erster Bevollmächtigter für Berlin solle Feeser werden, und zwar zunächst probeweise auf ein Vierteljahr, worauf er sich zur Wahl stellen müsse. Nach dem Referenten erzählte ein Kommunist, er habe gehört, daß die SPD.-Fraktion der Eisenbahner die Versammlung stören wolle. Gensch wies diesen Klatsch zurück. Wohl sei am Donnerstag eine SPD.-Funktionärversammlung der Eisenbahner gewesen, doch sei es deren Teilnehmern noch nie eingefallen, kommunistische Gepflogenheiten nachzumachen.

Der Verbandsvorsitzende Scheffel bestätigte die Ausführungen des Referenten. Die Sympathie für das unsympathische Vorgehen der Reichsgewerkschaft sei erst durch den Regierungserlaß entfacht worden, gegen den der Deutsche Eisenbahnerverband sofort Stellung nahm, der sich dann auch gegen die Maßregelungen wandte. Von den Funktionären sei zuviel Gefühlspolitik getrieben worden, statt Verstandspolitik zu treiben. Der Berliner Bezirk müsse der erste im Verbande sein, doch (auf Zwischenrufe eingehend) nicht im Redeschwingen, sondern in vernünftigem, taktisch klugem, überlegenem Vorgehen. Wenn Mitglieder gegen die Beschlüsse und die Satzungen des Verbandes in grober Weise verstoßen, müsse der Verbandsvorstand dagegen vorgehen. Feeser habe sich als ein tüchtiger Organisator bewährt und werde sich durch seine Tätigkeit bald die Anerkennung der Berliner Mitgliedschaft erwerben. Der bisherige Bevollmächtigte könne nach seinem ganzen Verhalten für diesen Posten nicht mehr in Frage kommen. Wir müssen uns gegenseitig besser verstehen lernen, dann werden wir auch zum Wohle unserer Mitglieder erfolgreich arbeiten können. (Lebhafter Beifall.) Eckmann gab hierauf die im „Vorwärts" bereits veröffentlichte Erklärung ab.

Ein Antrag, sofort die Wahlen für die Ortsverwaltung vorzunehmen, wurde nach einer längeren und zeitweise sehr erregten Aussprache angenommen. Auf einen kommunistischen Vorschlag wurde von unseren Genossen erwidert, daß sie nur für Kandidaten stimmen könnten, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen. — Nach einer Vertagung der Versammlung machte Görk die Mitteilung, daß eine Einigung der Parteien nicht zustande gekommen sei. Die kommunistische Fraktion werde aber eine Kandidatenliste einreichen. Knebel wies darauf hin, daß eine ordnungsmäßige Erledigung der Wahlen schon der vorgerückten Zeit wegen nicht mehr zu erwarten sei und beantragte Vertagung. Der Antrag wurde abgelehnt.

Inzwischen war die für alle Verwaltungsstellen von den Kommunisten vorgelegte Kandidatenliste eingebracht worden. Es wurde nochmals Vertagung beantragt. Ein Redner der USPD.-Fraktion erklärte, daß diese ihre Mitglieder angewiesen habe, an der Wahl nicht teilzunehmen. — Der Vertagungsantrag wurde wiederholt abgelehnt. Als dann der Vorsitzende die Parteien bat, Stimmenzähler vorzuschlagen, lehnten sowohl die SPD.- als auch die USPD.-Delegierten es ab, sich hierzu herzugeben. Ein USPD.-Redner forderte alle Genossen, die noch einen Tropfen sozialistischen Blutes in sich hätten, auf, sich an der Wahl in einer so eigenartigen Situation nicht zu beteiligen.

In alle Winde . . .

Die Zeitungsberichte über den ersten Versteigerungstag des Castanschen Panoptikums hatten bewirkt, daß an den beiden folgenden Tagen ein weit größerer Andrang herrschte. Besonders machten sich die unverkennbaren Schieberippen bemerkbar, mitunter recht unangenehm. Aber auch die ausländischen Kunden traten an, ohne allerdings als Bieter in Erscheinung zu treten; für sie arbeitete das Dutzend Händler, deren Namen wieder und immer wieder aufgerufen werden. Hin und wieder ertönt auch mal ein adliger Name. Wahrscheinlich ein Käufer, der die laut „Lokalanzeiger" „durch persönlichen Gebrauch des Monarchen geweihten Stücke" erstehen möchte. Es kamen u. a. eine große Reihe alter, zum Teil recht bemerkenswerter Richtschwerter zur Versteigerung. Eine Anzahl bekannter Schauobjekte, so die Eiserne Jungfrau, der Rutsch auf dem Rasiermesser, die Folterbank usw., ging summarisch für 70 000 Mark weg. Eine alte Weste Napoleons I. wurde gleichfalls angeboten und brachte — 2700 Mark, alles lächerliche und alberne Preise, aus denen hervorgeht, wie die einheimische und ausländische Schieberwelt mit den Tausendmarkscheinen nur so um sich schmeißt, wenn es der Befriedigung irgendeines Kitzels dient.

Am nachmittag begann die Versteigerung des berühmten Kaisersaales, die sich auch noch bis in den Freitag hinein zog. Die ganze Hohenzollerndynastie mußte dran glauben. Für Herrn Joffre wurde als erstes Gebot 1,50 Mark angegeben, aber mit dem Zuschlag von 600 Mark und mit dem Zuschlag von 550 Mark für Wilson waren diese doch die schlechtest bezahlten Figuren. Wilhelm II. ging für 5000 Mark ab und wird als komische Figur nach Amerika verschwinden. Das übrige gespenstische Kanonendeutschland, personifiziert in den Wachsbildern Hindenburgs, Ludendorffs und Mackensens, brachte zusammen 10 000 Mark, die Päpste Pius X. und Benedikt XV. brachten 3000 Mark. Erwähnenswert ist auch, daß man für eine zerbrochene alte, aber echte französische Kanone (heutzutage ein seltenes Stück in Deutschland) nicht weniger als 11 300 Mark und für eine gleichfalls echte französische Guillotine sogar 20 000 Mark zahlte.

Das Bedauern darüber, daß die Sammlung in alle Winde zerstreut wird, mag nur wenig durch die Tatsache gemildert werden, daß sich das Kriminalmuseum des Berliner Polizeipräsidiums glücklicherweise eine große Anzahl wertvoller Ausstellungsobjekte, u. a. auch Richtschwerter und eine Anzahl charakteristischer Typen aus der Schreckenskammer, gesichert hat.

Berliner Abenteuer eines Bulgaren.

Den ganzen Tag in einer Wohnung gefangen gehalten.

Das sehr seltsame Berliner Abenteuer eines bulgarischen Mechanikers beschäftigt das Raubdezernat der Kriminalpolizei. Der 40 Jahre alte Mechaniker Kasimir Scharitsch aus Sofia begleitete zwei Direktoren, die nach Deutschland kamen, um Maschinen für die bulgarische Staatsdruckerei einzukaufen. In Berlin stiegen die drei Herren in einem Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofes ab.

In der Nacht zum 24. d. M. um 11½ Uhr wurde Scharitsch auf dem Heimwege nach dem Hotel von einem Manne in Tschako und dunklem Umhang angehalten. Der Mann gab sich für einen Polizeibeamten aus und forderte ihn auf, zur Revision seines Passes mitzukommen. Er führte ihn in der Gegend des Blücherplatzes in ein Haus hinein, wo sie im zweiten Stock ein Zimmer betraten, in dem vier Männer saßen. Auch eine Frauensperson bewegte sich in der Wohnung. Einer der vier Männer, eine kleine unscheinbare Person, forderte dem Eingetretenen nun sein Geld ab. Als der Bulgare sich weigerte, wurde auf ihn ein Schuß aus einer Pistole abgegeben. Die Kugel zertrümmerte einen Spiegel. Jetzt warf sich Scharitsch auf den Schützen und entwand ihm, bevor die anderen mit eingreifen konnten, die Waffe. Mit der Pistole in der Hand hielt der Bulgare die Angreifer die ganze Nacht in Schach. Am anderen Tage kamen noch vier Mann dazu. Jetzt war der Bulgare der Uebermacht nicht mehr gewachsen. Die Räuber nahmen ihm mit Gewalt die Brieftasche ab und nahmen daraus 8300 Mark deutsches Geld an sich und gaben ihm die Tasche mit dem ausländischen Gelde wieder zurück. Als er endlich einen Schuß abgab, und einen der Räuber an der Schulter streifte, ergriffen alle 8 Mann die Flucht, schlossen aber die Tür hinter sich ab, so daß der Beraubte immer noch gefangen war. Um 5 Uhr nachmittags entschloß er sich endlich, die Tür mit Gewalt aufzubrechen. So befreit, begab er sich zur Polizei und machte Anzeige. Das Haus in der Gegend des Blücherplatzes konnte er aber nicht mehr bezeichnen.

Wer zur Aufklärung dieses sehr seltsamen Raubüberfalles beitragen kann, wird ersucht, sich bei Kriminalkommissar Werneburg im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu melden.

Unsere gestrigen Volksversammlungen.

Wir tragen noch die folgenden uns zugegangenen Berichte nach:

Bezirk Pankow-Niederschönhausen: Genosse Reichstagsabgeordneter Hartleib sprach in sehr eindrucksvoller Rede über die Politik der SPD. Er wurde mehrfach von Beifall unterbrochen. Kommunisten versuchten aus der Resolutionsfabrik Münzstraße eine Resolution zur Annahme zu bringen, die, verdientermaßen unter Gelächter abgelehnt wurde. Bemerkenswert war die kameradschaftliche Art, mit der die Unabhängigen diskutierten. Am Schlusse wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die die Stellung unserer Partei billigt.

Bezirk Reinickendorf: Einen sehr guten Verlauf nahm die Versammlung, in der Genosse Breuer in ausgezeichneter Rede die aktuellen politischen Fragen behandelte. Selbst die Kommunisten mußten den guten Eindruck seiner Rede anerkennen. In der Diskussion versuchten zwei Kommunisten für ihre Partei Stimmung zu machen. Sie wurden aber von der Versammlung, die ausschließlich von Arbeitern besucht war, ausgelacht. Das Resultat der Versammlung waren mehrere Neuaufnahmen.

Scholems Empörung.

Herr Scholem hat den Schmerz, daß ihm in der gestrigen Versammlung in den Pharussälen keine Ausnahme von der üblichen Redezeit bewilligt wurde, noch nicht verwinden können. Er rächt sich durch Märchenerzählungen über den Verlauf der Versammlung in der „Roten Fahne", die er überschreibt „Empörung in den Versammlungen der SPD." Das einzige, was an seinem Bericht keine Unwahrheit ist, ist diese Ueberschrift. Es hat in der Tat in der Versammlung Empörung geherrscht, nämlich über das provozierende Verhalten Scholems und das Treiben der von ihm mitgebrachten übrigen Jugendlichen. Die Empörung war so groß, daß schließlich ein Parteiangehöriger der USP. — wir betonen ausdrücklich, daß sich kein Mitglied der SPD. daran beteiligt hat — der während des Referats des Genossen Hunlich verschiedentlich gegnerische Zwischenrufe gemacht hatte, Herrn Scholem beim Kragen ergriff und von der Bühne herunterholte. Allerdings ein Beweis, bis zu welchem Grade Herr Scholem fähig ist, die Empörung zu steigern.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend veranstaltet auch in diesem Jahre wieder am Sonntag, den 26. Februar, und den darauffolgenden Sonntagen bis einschließlich Sonntag, den 19. März, Besichtigungen ihrer Betriebsanlagen in Lichtenberg. Des großen Andranges wegen werden die Besichtigungen nach Verkaufsstellen geordnet abgehalten. Tag und Stunde sind in der zuständigen Verkaufsstelle zu erfahren und außerdem noch in der „Konsum-Genossenschaft" Nr. 2 veröffentlicht.

Grupens Selbststellung.

Die sonderbare Selbststellung Grupens nach seiner geglückten Flucht aus dem Gefängnis zu Hirschberg gibt zu allerlei Vermutungen Anlaß. Wie der „Bote aus dem Riesengebirge" zur Selbststellung Grupens noch mitteilt, verweigert Grupen jede Auskunft über den Grund seines Ausbruches und über seinen Aufenthalt während des Freitags. Die Nachforschungen über seinen Verbleib haben bis zum Abend zu keinem bestimmten Ergebnis geführt.

Die Staatsanwaltschaft hat, wie wir erfahren, bereits eine umfassende Untersuchung über die Helfershelfer Grupens anstellen lassen. Man nimmt mit einiger Berechtigung an, daß die Verwandtschaft des Doppelmörders hinter der ganzen Angelegenheit steht und Mittel und Wege ebnete, um die Flucht möglich zu machen. Ein sonderbares Licht soll dabei auch auf die Verwaltung des Hirschberger Gefängnisses fallen. Auf jeden Fall ist die Angelegenheit noch in tiefes Dunkel gehüllt.

Landru hingerichtet.

Der Frauenmörder Landru ist heute früh sechs Uhr in Versailles hingerichtet worden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Sonntag, den 26. Februar:

69. Abt. Wilmersdorf. 10 Uhr erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Ihlenfeld, Uhland-, Ecke Güntzelstraße.

Demagogie — oder Dummheit?

Genosse Franz Krüger ersucht uns um die Aufnahme der folgenden Zeilen:

Meine Erwiderung auf den gegen mich gerichteten Angriff der „Freiheit" wegen der Köpenicker Bürgermeisterwahl veranlaßt die „Freiheit", in ihrer Morgennummer vom 23. Februar unter der Stichmarke „Demagogie" erneut auf die Sache zurückzukommen. Daß die „Freiheit" es ablehnt, sich zu meinen Bemerkungen über die Politik der Unabhängigen Rathausfraktion zu äußern, verstehe ich durchaus, weil sonst ihre Leser erfahren würden, wie ungerechtfertigt und unehrlich die gegen uns gerichteten Angriffe sind. Ich will aber noch folgende Feststellungen treffen:

Bei der ersten Bildung des Köpenicker Bezirksamts wurde mit der Zustimmung der Unabhängigen den Bürgerlichen der erste Bürgermeisterposten zugestanden. Das mag falsch gewesen sein; ich hätte es jedenfalls nicht getan, aber diesen falschen Beschluß haben die Unabhängigen mit zu verantworten. Der zuletzt zum Bürgermeister gewählte bürgerliche Stadtrat Dr. Göritz ist mit den Stimmen der Unabhängigen gewählt worden. Damals haben die Unabhängigen, obwohl die sozialistische Mehrheit größer war als heute, und obwohl sie damals die stärkste sozialistische Fraktion waren, es nicht für notwendig gehalten, daß neben dem sozialistischen zweiten auch noch ein sozialistischer erster Bürgermeister gewählt wurde.

Trotzdem haben wir jetzt den Versuch gemacht, einen sozialdemokratischen Kandidaten durchzubringen. Wir haben die Genossen Lückemann und Silberschmidt, deren persönliche und sachliche Eignung von allen Parteien anerkannt wurde, präsentiert. Unabhängige und Kommunisten, die letzteren noch dazu mit dreckigen Redensarten, haben diese Vorschläge abgelehnt. Angeblich seien diese Kandidaten mit Mandaten überlastet, was aber die Unabhängigen nicht gehindert hat, ihren eigenen Reichstagsabgeordneten Henke in Reinickendorf zum stellvertretenden Bürgermeister zu wählen. Keine Partei wird sich aber ihre Kandidaten von anderen Parteien vorschreiben lassen.

Die „Freiheit" glaubt dann freudig feststellen zu können, daß unsere Fraktion in der Köpenicker Bezirksversammlung bei der Bürgermeisterwahl nicht einheitlich gestimmt habe; von 10 Fraktionsmitgliedern hätten nur 8 für den bürgerlichen Kandidaten gestimmt, während 2 für den von den Unabhängigen aufgestellten Kandidaten Ehrlich eingetreten seien. Die „Freiheit" hat darin recht, daß von unserer Fraktion nur 8 Mitglieder für den bürgerlichen Kandidaten gestimmt haben: es waren nämlich gar nicht mehr anwesend. Zwei unserer Fraktionsmitglieder fehlten, und zwar einer wegen Krankheit, der andere weil er von Berlin abwesend war.

Franz Krüger.

Theater der Woche.

Vom 26. Februar bis 5. März.

Volksbühne: 26. und 5. Ueber die Kraft. 1. Teil. 27. Der fahrende Schüler dankt den Teufel. Der gestiefelte Kater. 28. und 4. Der Bauer als Millionär. 2. König Lear. 3. Masse Mensch. — **Opernhaus:** 26. Margarete. 27. und 2. Barbier von Bagdad. 28. Maskenball. 1. Fliedermaus. 3. Rheingold. 4. Josephs-Legende. Bajazzi. 5. Walküre. 6. Zauberflöte. — **Schauspielhaus.** 26., 2. und 4. Don Carlos. 27., 1. und 5. Lumpenvagabundus. 28., 3. und 6. Peer Gynt. — **Deutsches Theater:** 26., 28., 1., 3., 4. und 5. Die Wölfe. 27. und 2. Tartüff. Ein Heiratsantrag. — **Kammerspiele.** 26., 28., 1., 3. und 5. Die Erziehung durch Kolibri. 27., 2. und 4. Anatol. — **Großes Schauspielhaus:** Orpheus in der Unterwelt. — **Lessing-Theater:** 26., 28., 1., 2., 4. und 5. Frank. 27., 3. Flamme. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler. — **Deutsches Opernhaus:** 26. Der Freischütz. 27. Die Fledermaus. 28. Die Bohème. 1. Das Hoftonzert. 2. Die Meistersinger von Nürnberg. 3. Hoffmanns Erzählungen. 4. Robert und Bertram. 5. Tosca. — **Schiller-Theater:** 26., 27., 2. und 4. Im weißen Rößl. 28. Die Schmetterlingsgeschichte. 1. Die Stützen der Gesellschaft. 3. Der Snob. 5. Alt-Heidelberg. — **Neues Volks-Theater:** 26., 27., 1., 4. und 5. Fälscher. 28. und 3. Die Gejagten. Der zerbrochene Krug. 2. Heuchler. — **Die Tribüne:** 27. bis 2. Die fremde Frau. 3. Der Wettlauf mit dem Schatten. 4. bis 6. Die fremde Frau. — **Deutsches Künstler-Theater:** Der geistige Verschwender. — **Komödienhaus:** Karussell. — **Berliner Theater:** Einer von unsere Leut! — **Kleines Schauspielhaus:** Der keusche Lehmann. — **Trianon-Theater:** Elga. — **Residenz-Theater:** Eine Frau ohne Bedeutung. — **Zentral-Theater:** Das Detektivbüchel. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Grüne Felder. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** 26., 28., 1., 2. und 3. Das Dreimäderlhaus. 27. La Traviata. 3. Der Juxbaron. 4. Der Traubadour. — **Komische Oper:** Der Herr der Welt. — **Lustspielhaus:** Der Werwolf. — **Metropol-Theater:** Die Bajadere. — **Neues Operetten-Theater:** Schäm dich, Lotte. — **Thalia-Theater:** Die Herren von und zu . . . . ! — **Theater am Nollendorfplatz:** Die Ehe im Kreise. — **Theater des Westens:** Der Tanz ins Glück. — **Kleines Theater:** Das Weib auf dem Tiere. — **Wallner-Theater:** Die Spitzenkönigin. — **Walhalla-Theater:** 26. bis 28. Die Mondscheindame. Ab 1. Der liebe Augustin. — **Rose-Theater** (Theater des Ostens): Die Gräfin von Kempinski. 25 3. Für tot erklärt. Wegweiser zum Eheglück. — **Kosmo-Theater.** Familie Gänsefleisch. — **Neues Theater am Zoo.** Scampolo. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** Kleines Haus: 26., 27. und 1. Der Hahn. Der Geizige. 28. Alles um Geld. 2. bis 5. Thyllis. — **Folies Caprice:** Das Liebeskanapee. Das Klauzchen. Die falsche Nummer. — **Admiralspalast:** Futuristischer Karneval. 27. und 2. Die roten Schuhe. 4. Balletthall. — **Intimes Theater:** Die badende Nymphe. Ein grausiges Experiment. Gustave, es blitzt. — **Neues Operettentheater Schöneberg:** Schäm dich, Lotte.

Nachmittagsvorstellungen: Volksbühne: 26. und 5. Masse Mensch. — **Deutsches Theater:** 26. und 5. Frühlings Erwachen. — **Kammerspiele:** 26. Die Büchse der Pandora. 5. Die deutschen Kleinstädter. — **Großes Schauspielhaus:** 26. und 5. Dantons Tod. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 26. und 5. Erbprinz. — **Deutsches Opernhaus:** 26. 11 Uhr: Sinfoniekonzert. 2½ Uhr: Zar und Zimmermann. 28. Fidelio. 1. Die Schwägerin von Saragossa. 4. Der Traubadour. 5. 11 Uhr: Kammermusikmatinee. 2½ Uhr: Zar und Zimmermann. — **Schiller-Theater:** 26. Don Carlos. 1. Prinz Friedrich von Homburg. 5. Ein Winternächten. — **Neues Volks-Theater:** 26. 11½ Uhr: Das letzte Gericht. 26. und 5. Heuchler. — **Die Tribüne:** 5. Totensonntag. — **Deutsches Künstler-Theater:** 26. und 5. Flamme. — **Komödienhaus:** 26. und 5. Die Fahrt ins Blaue. — **Berliner Theater:** 26. und 5. Der letzte Walzer. — **Trianon-Theater:** 26. Mein Freund Teddy. — **Residenz-Theater:** 26. Casanovas Sohn. — **Zentral-Theater:** 26. Nathan der Weise. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** 26. La Traviata. 5. Rigoletto. — **Lustspielhaus:** 26. Nachtfest. — **Metropol-Theater:** 26. Er und seine Schwester. — **Neues Operetten-Theater:** 26. Rumpelstilzchen. 5. Die Polkakönigin. — **Thalia-Theater:** 26. und 5. O schöne Zeit, o selige Zeit. — **Theater des Westens:** 26. Der ersten Liebe goldene Zeit. 5. Lohengrin. — **Kleines Theater:** 26. Der Dieb. — **Wallner-Theater:** 26. Nirchen. — **Walhalla-Theater:** 5. Wem gehört Helene? — **Rose-Theater:** 26. und 5. 1001 Nacht. — **Kosmo-Theater:** 26. In letzter Stunde. — **Neues Theater am Zoo:** 26. und 5. Falsch verbunden. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** Kleines Haus: 26. Medea. 5. Jugend. Großes Haus: 26. Urania-Vortrag: Egypten. — **Admiralspalast:** 26. und 5. Futuristischer Karneval. — **Intimes Theater:** 26. und 5. Die Spelunke usw.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, bei frischen, südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftsbewegung

„Diktatur"!

In ihrer bekannten Bescheidenheit nehmen die Verfechter der Diktaturparole über das Proletariat für sich in Anspruch, daß die Gewerkschaften sich ihre Maulwurfsarbeit ohne Murren gefallen lassen sollen. Heute rächt es sich, daß einzelne Gewerkschaften dem Treiben der kommunistischen Zellenbauer allzu lange untätig zugesehen haben, in der Erwartung, daß die Vernunft wieder einkehren werde und eine geordnete gewerkschaftliche Tätigkeit wieder möglich sein werde. Der Schaden, der der Gewerkschaftsarbeit durch all die Versammlungsstörungen und die sonstigen kommunistischen Quertreibereien bis heute zugefügt wurde, ist unübersehbar. Es bleibt dabei weder Zeit noch Gelegenheit, unter dem neuen Mitgliederzuwachs aufklärend zu wirken. Solange aber die Lohnentwertung weitergeht, wird der unaufgeklärte Teil der Gewerkschaftsmitglieder sich in seiner Not immer wieder von den radikal schillernden kommunistischen Phrasen betören lassen oder aber, davon angewidert, der Gleichgültigkeit verfallen. Entweder die Organisationen wehren sich mit aller Macht gegen die kommunistischen Treibereien oder sie sehen ihren Ruin vor Augen. In Berlin ist es gegenwärtig außer dem Eisenbahnerverband hauptsächlich der Bauarbeiterverband, der in die Zwangslage versetzt ist, sich mit den kommunistischen Quertreibern gründlich auseinanderzusetzen. Weil der Zweigvereinsvorstand, ohne das kommunistische Mitglied des Vorstandes hinzuzuziehen, eine Sitzung abhielt, um dem Unwesen der kommunistischen Fraktion entgegenzutreten, vergießt die „Rote Fahne" Krokodilstränen, klagt steinerweichend über „die Diktatur im Bauarbeiterverband", schilt über schamlosen Parteiegoismus — der anderen, während gerade doch die Kommunisten in diesem Punkte unübertrefflich sind. Der Refrain der ganzen kommunistischen Heuchelei ist immer wieder der, die verbandserhaltenden Elemente seien die Verbandszerstörer, während die kommunistischen Schädlinge der Gewerkschaften sich als die Retter derselben anpreisen. Diesem müßten hinterhältigen Treiben muß mit aller Energie begegnet werden, wenn die Gewerkschaften ihren Verfall verhüten wollen.

Lohnbewegung der Tapezierer.

Eine von 1000 Tapezierern und Näherinnen besuchte Versammlung in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 32, nahm Stellung zur Lohnbewegung. Müller gab den Bericht der Lohnkommission. Auf eine Einladung zu Verhandlungen am Donnerstag antworteten die Unternehmer mit einer solchen zu heute. Sie machten aber die Verhandlungen abhängig davon, daß die Lehrlingsfrage vollständig aus dem Tarif herausgelassen werden müßte. Eine vor der Versammlung abgehaltene Vertrauensmännerversammlung beschloß einstimmig, der Versammlung zu empfehlen, die Beschlußfassung darüber, welche Mittel angewandt werden sollen, um den Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, bis morgen Sonntag zu vertagen. Der in der Versammlung zum Ausdruck gebrachte Wille zeigte klar, daß die Kollegen als letzten Termin die heutigen Verhandlungen abwarten und wenn sie nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen sollten, zum letzten Mittel, dem Streik, zu greifen, um den Forderungen der Kollegen Geltung zu verschaffen.

Die beschließende Versammlung ist morgen, Sonntag, 9½ Uhr, in der „Königsbank", Gr. Frankfurter Str. 117 (am Strausberger Platz). Dazu müssen alle Kollegen und Kolleginnen unbedingt erscheinen.

Die SPD.- und USPD.-Gastwirtsgehilfen nahmen in einer Konferenz im „Rosenthaler Hof" zu den Aufgaben der bevorstehenden Generalversammlung des Verbandes Stellung. Der Referent, Genosse Saar, führte u. a. aus, daß die Verwaltung zu einem Fünftel aus Kommunisten und zu vier Fünftel aus SPD.- und USPD.-Sozialisten besteht. Obgleich nun die Mehrheit den Kommunisten möglichstes Entgegenkommen zeige, sei ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit denselben nicht zu erreichen. Die Kommunisten verlangten für sich volle Bewegungsfreiheit zur Betreibung ihrer politischen Propaganda innerhalb der Gewerkschaft und Verwaltung, zeigten sich aber zu positiver Mitarbeit nie bereit und weigerten sich, den Mehrheitsbeschlüssen der Verwaltung nachzukommen. Hier müsse durch einen Beschluß der Generalversammlung Wandel geschaffen werden.

Jäckel gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß in der Gewerkschaft gewerkschaftliche, und keine Parteipropaganda getrieben werden müsse. Durch das parteipolitische und persönliche Gezänk werde vielen Berufskollegen der Besuch der Versammlungen und der Beitritt zur Organisation verekelt, andererseits die Züchtung gelber Vereine zum Schaden der Kollegenschaft gefördert. Die Anhänger der sozialistischen Fraktionen waren auch bereit, Fraktionsbildungen innerhalb der Gewerkschaft auszuschalten, die Kommunisten wollten aber ihre Fraktionsbildung aufrechterhalten. Von den anwesenden USPD.-Delegierten erklärte sich die Hälfte dafür, noch einen Versuch der Zusammenarbeit mit den Kommunisten in Form einer Arbeitsgemeinschaft zu machen.

Saar bemerkte dazu, daß man hiervon nichts zu erwarten habe. Sei schon in dem engen Kreise der Verwaltung kein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten möglich, so werde das in einer Arbeitsgemeinschaft noch weniger der Fall sein. Dieses Spiel werde die Kollegenschaft nicht mitmachen können.

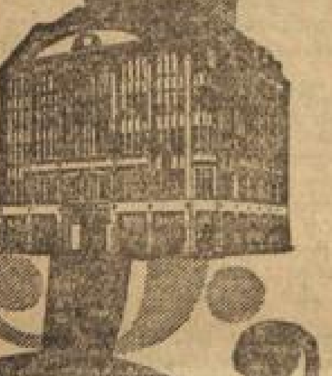
Die amerikanischen Bergarbeiter sollen sich auf Anordnung ihrer Verbandsleitung durch Abstimmung darüber entscheiden, ob der provisorische Beschluß, in den Ausstand zu treten, durchgeführt werden soll.

Filmschau.

„Das Mädel mit der Maske" fand bei seiner Uraufführung im U. T. am Kurfürstendamm ein beifallsfreudiges Publikum. Das alte Thema vom doppelten Ich, in kecker Oberflächlichkeit so behandelt, daß es stets zu drolligen Verwickelungen Anlaß gibt, wurde weidlich ausgebeutet und tadellos verfilmt. Man hat alles auf Situationskomik eingestellt und die Zuschauer kommen nicht aus dem Lachen heraus. Gespielt wird ungemein flott. Und sie alle, Ossi Oswalda als Kobold, Hermann Thimig als Verlobter, Paul Biensfeld als sich stets sittlich entrüstender Professor, Viktor Janson als tollwütiger Liebhaber und Henry Bender als „Alhambra"-Portier waren immerwährend allerbester Laune und voll sprudelnden Uebermuts. Viktor Janson verstand zudem als Regisseur seine Sache ausgezeichnet.

e. b.

Verantw. für den redakt. Teil: **Franz Klühs**, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: **Th. Glocke**, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.



Sonnabend Montag Dienstag

3 Ultimo-Tage

Sonnabend Montag Dienstag

Trotz der ungeheuren Preissteigerungen bringen wir für diese drei Tage in allen Abteilungen

Kein Verkauf an Wiederverkäufer! Mengenabgabe vorbehalten!

unglaublich billige Angebote!

Die Preise haben nur für diese drei Tage Gültigkeit!

Hier einige Beispiele:

Kinder-Trikot-Röckchen .... Std. 9,50
Sweater für Knaben und Mädchen ... Std. 9,50
Korsett aus naturfarbigen starken Stoffen Std. 37,50
Trikot-Unterröcke für Frauen .... Std. 48,50
Damen-Bluse aus bestickten Batist 29,50
Kinderkleidchen aus dunkl. Velourstoffen Std. 39,00

Ungebleichter Futterbarchend .. Mtr. 14,50
Dirndl-Mousseline .... Mtr. 19,50
Louisianatuch für Bettwäsche 21,75
Weiß. Crepe-Voile f. Kleider u. Blusen Mtr. 38,00
Kleiderschotten .... Mtr. 29,50
Gelbe Poliertücher .... Std. 3,50

Emaille-Kasserollen .... Std. 9,50
Emaille-Waschschüssel .... Std. 13,75
Waschständer lackiert .... Std. 16,75
Wäschestickereien .... Mtr. 1,95
Hemdenpassen gute Qualität .... Std. 8,50
Damenkragen bestickt, Matrosenform Std. 16,50

Loewenberg & Co

Swinemünderstrasse 86 Ecke Lortzingstrasse

Straßenbahnverbindungen: Haltestelle Demminer Straße: 27, 40, III, G, 5, 8, 35, 36, 37, 41, 42, 99, 9, 13 und Ringbahnhof Gesundbrunnen

Ziehg. 8. März 1922.
Tilsit. Pferdelotterie
2096 Gewinne im Gesamtwerte v. Mk.
Haupt-gewinne 120 000 / 40 000 / 20 000
usw. Los 4 M., Losporto 2 M., Gewinnl. inkl. Porto 1,35 M.
L. Wolff, Königsb. Pr., Kantstr. 2. u. i. a. kennt. Verk.

Seit **70 Jahren**
ist San.-R. Dr. Strahls **Haussalbe** bei Hautausschl., Flechten, Bein- u. Krampfadergeschwüren, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bestbewährtes und schnellheilendes Mittel. Original-Dose 4,90, 9,— und 17,40 M.
Elefanten-Apotheke
Berlin SW 213, Leipziger Str. 74, Dönhoffpl.

Gardinen!!
Sonderangebote u. Gelegenheitskäufe in **Resten**
Stores, Bettdecken, Madras- und Künstlergardinen
Spez.-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

ZIGARETTEN
der **ÖSTERREICH. TABAKREGIE**
sind für die Gross- u. Kleinhändler erhältlich
bei den Fabrikniederlagen in Berlin.
Am Bahnhof Friedrichstrasse Schiffbauerdamm 6 Telefon Norden 8724
W. 35 Magdeburgerstr. 14 Telefon Kurfürst.-3140
NO. 18 Lichtenbergerstr. 22 Telefon Kö. 3861
Südost 16 Engelufer 5 Tel. Moritzplatz 3014/12730
S.O. 16 Michaelkirchst. 12 Telefon Moritzpl.-2524
Charlottenburg Bismarckst. 62 Wilh. 1607

Noch
ist es Zeit, solange Vorrat reicht
Möbel
außergewöhnlich
billig
zu kaufen. — Besuch lohnend. Kein Kaufzwang. Lagerung bis 1. 4. 1922 kostenlos.
Neugebauer,
Charlottenburg Wilmersdorf. Str. 128, I. E. Schillerstr. Kein Lad.
Geschäftszeit 9—1, ½3—7 Uhr

ED. BERNSTEIN
Der Sozialismus einst und jetzt
soeben erschienen
PREIS 20 MARK
Buchhandlung VORWÄRTS
SW 68, Lindenstraße 3

Zinn
Gold-, Silber-Bruch,
Quecksilber,
Blei, Kupfer, Platin usw.
kauft zum Engrospreise **Scharnow**, Lange Str. 85, am Schlesischen Bahnhof

Altmetalle
en gros
von Fabrikanten und Händlern
Robert Bader & Sohn, Berlin SO 26
Fernsprecher: Moritzpl. 667 :: Mariannenplatz 22
Vertreterbesuch :: Freie Abholung.

Lombard-Haus
H. Grafl, Leipz. St. 75 II
Höchste Beleihung
Diskr. Reellste Gelegenheitskäufe. Uhren Brillanten Schmucksach.
10-50% unt. Lad. Pr.

Angeflogen, neu, entfernt, kauft jeden Posten P. Schulze, Wilhelmstraße 14. Moabit 648.

Echte extrakt. **Walthorius Hienfong**-Essenz (Destillat) 12 Fl. M. 50, bei 24 Fl. M. 100 franko und inkl. Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Herst. Laboratorium E. Walther, Halle a. S.-Trotha 143

Zähne von **8** M. Teilzahlung. 3j. Gar. Kronen an 18 M. Zahnz. m. Einspr. b. schmerzld. Umarb. schlechtsitz. Geb. Rep. sof. Zahnarzt Dr. Wolf, Potsd. St. 85, Hochb.-St. Sprz. 9-7

W. Bernhard Nachf.

Berlin, Belle-Alliance-Straße 105 und 101, dicht am Halleschen Tor

Covercoat-Mäntel 375.- 475.- 675.- 975.- 1275.-
Tuch-Gabardine-Mäntel 875.- 975.- 1275.- 1675.- 1875.-
Imprägnierte Mäntel 395.- 475.- 675.- 875.-
Alpaka-Seiden-Mäntel 335.- 475.- 675.- 875.-

Die große Mode!

Donegal-Mäntel 475.- 575.- 675.- 875.-
in Farben Pfeffer u. Salz, sowie ähnliche Farbenstellungen